

**Dokumentation zur Anregung von vergleichbaren Aktivitäten in anderen Städten**

**Appell an die Stadt Karlsruhe und an die ArGe Karlsruhe (Jobcenter)  
STOPPT den "Missbrauch von sog. 1-Euro-Jobber/innen"!**

Seit Januar 2005 nimmt auch in Karlsruhe die Zahl der sog. 1-Euro-Jobber/innen zu.

Mit diesen "1-Euro-Jobs" wird kein Arbeitsverhältnis begründet, sondern ein „Sozialrechtsverhältnis“. Für diese Beschäftigten sind tarifliche Regelungen und Arbeitnehmerrechte außer Kraft gesetzt, obwohl sie in den meisten Fällen Tätigkeiten ausführen, die typischerweise von regulär Beschäftigten im ersten Arbeitsmarkt erledigt werden.

"1-Euro-Jobber/innen" werden zum Bsp. eingesetzt:

- als Putzhilfen
- als Küchen- und Spülhilfen
- zum Essen ausfahren
- für Hausmeistertätigkeiten
- zu Pflegearbeiten im Grünflächenbereich
- zum Straßenfegen und in der Müllbeseitigung

Ihnen wird kein Arbeitsentgelt gezahlt, sondern die dienstverpflichteten Erwerbslosen erhalten neben ihren Bezügen von ALG II eine „Aufwandsentschädigung“ von maximal 2 Euro pro Arbeitsstunde.

**Wir protestieren gegen diese Form von Lohndumping und Entrechtung von Erwerbslosen.**

**Als Spitze des Eisberges** werden gegen den ver.di Streik im öffentlichen Dienst "1-Euro-Jobber" und ABM Kräfte als Streikbrecher beim "Amt für Abfallwirtschaft" eingesetzt.

**Beschäftigte und Erwerbslose fordern die Stadt Karlsruhe und die ArGe auf:**

- **Den Einsatz von "1-Euro-Jobbern" als Streikbrecher sofort zu beenden!**
- **Den "1-Euro-Jobber/innen" tariflichen Lohn zu bezahlen.**
- **Umwandlung der 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen.**
- **Gleiche Arbeitnehmer/innenrechte für alle!**

Name	Wohnort	Gewerkschaft/Funktion	Unterschrift
<p><i>Unterschrieben wurde zwischen 09.02. und 14.2.2006: im DGB Haus bei einer Veranstaltung mit Detlef Hensche: "Arbeitszeitverkürzung für alle – oder Arbeitslosigkeit für viele?" und von ver.di Streikenden nebst solidarischen Kolleginnen/Kollegen.</i></p> <p><b>257 Unterschriften</b></p> <p><i>Die Kopien, gingen mit Anschreiben vom 16.02.06 an alle Stadträtinnen und Stadträte im Gemeinderat Karlsruhe. Im Schreiben geht es um <b>Fragen zur Situation von "1-Euro-JobberInnen" in Karlsruhe</b> (siehe Anlage)</i></p> <p><i>Gleiches Schreiben ging an den:</i></p> <p><i>Oberbürgermeister, Sozialbürgermeister und an den ARGE Geschäftsführer, mit der Bitte um Stellungnahme zu unseren Fragen, sowie zu diesem Appell.</i></p>			

**NEIN zum Herkunftslandprinzip à la EU-„Bolkestein“!  
NEIN zum Inlandsprinzip à la „1-Euro-Jobs“!**

V. i. S. d. P.: I. Herrmann, ver.di Erwerbslose Arbeitsgruppe Karlsruhe  
Wir treffen uns jeden 3. Mittwoch im Monat um 19:00 Uhr im DGB-Haus, Ettlinger Straße 3a, 76137 Karlsruhe

**ver.di Erwerbslose Mittelbaden-Nordschwarzwald**

**Rüppurrer Straße 1a, 76137 Karlsruhe**

An die Stadträtinnen und Stadträte  
des Gemeinderates Karlsruhe

16.02.2006

**Fragen zur Situation von "1-Euro-JobberInnen" in Karlsruhe**

Sehr geehrte Frau Stadträtin,  
Sehr geehrter Herr Stadtrat,

im Dezember 2004 hat der Gemeinderat Karlsruhe, mit nur einer Gegenstimme, der Gründung der Arbeitsgemeinschaft (ArGe) aus Arbeitsagentur und Stadt Karlsruhe ("Jobcenter") mit großer Hoffnung zugestimmt.

Damit wollte die Stadt u. a. "näher an der Arbeitslosigkeit dran" sein. Es wurden gemeinnützige Einrichtungen aufgefordert, Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Stadträte waren davon überzeugt so "den Sockel der Arbeitslosigkeit abzusenken".

Das erklärte Ziel war 1.200 Arbeitslosen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Für berufliche Eingliederungsmaßnahmen standen der ArGe 15,3 Millionen Euro für das Jahr 2005 zur Verfügung. (BNN, 16.12.04)

Die Stadt Karlsruhe hat mit der Einrichtung der ArGe eine große Verantwortung übernommen.

**Hat die ArGe Karlsruhe ihr erklärtes Ziel erreicht?**

- Wie viele "1-Euro-Jobs" gibt es zurzeit in Karlsruhe, wie viel waren es insgesamt seit Januar 2005?
- Welche Einrichtungen beschäftigen "1-Euro-JobberInnen"?
- Wie wird sichergestellt, dass die Tätigkeiten dem gesetzlichen Kriterium der "Zusätzlichkeit" und dem "öffentlichen Interesse" entsprechen?
- Welche Qualifizierungsmaßnahmen werden den "1-Euro-JobberInnen" angeboten?

**Wie hoch waren die tatsächlichen Kosten für diese "Arbeitsgelegenheiten"?**

d.h. ALG II + Mehraufwandsentschädigung (MAE) für die "1-Euro-JobberInnen" bzw. die "Entschädigung" für die Einrichtungen, die die Stellen anbieten und die "1-Euro-JobberInnen" ausbezahlen.

- In welchem Verhältnis stehen diese Kosten zum Vermittlungserfolg der "1-Euro-JobberInnen" in den 1. Arbeitsmarkt?
- Aus wie vielen "Arbeitsgelegenheiten" sind tatsächlich sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geworden?

Unseren Erkenntnissen nach hat sich nicht viel getan, außer, dass hunderte von Erwerbslose in diversen gemeinnützigen Einrichtungen in Karlsruhe als "1-Euro-JobberInnen" beschäftigt sind,

## ***Dokumentation zur Anregung von vergleichbaren Aktivitäten in anderen Städten***

in denen sie Tätigkeiten nachgehen, die normalerweise von regulären Beschäftigten erledigt werden.

- Wie geht die ArGe bzw. Stadt Karlsruhe mit solchen "Missbrauch-Fällen" um?
- Welche Konsequenzen entstehen den Einrichtungen, die "1-Euro-JobberInnen" benutzen, um z. B. ihren Haushalt zu sanieren?

Unsere Fragen sind Teil der öffentlichen Diskussion zum Sinn und Zweck der so g enannten 1-Euro-Jobs.

Die "Kosten für die weiterhin bestehende Erwerbslosigkeit", könnten auch effektiver eingesetzt werden – z. B. durch Finanzierung eines öffentlichen Beschäftigungssektors.

Ein Beispiel mit niedrig angenommenen Werten:

Bei 600 1-Euro-JobberInnen mit einem durchschnittlichem ALG II von 630 Euro und durchschnittlichen MAE Kosten von 350 Euro pro Monat:

$(630 + 350) \times 600 = \underline{588.000 \text{ Euro im Monat}}$

Davon könnten mindestens 300 reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen mit einem monatlichen Mindestlohn von 1.500 Euro Brutto geschaffen werden. (bei 100%ger Finanzierung)

Bitte bringen Sie unsere Anliegen als Anfragen im Gemeinderat ein und beachten Sie den Appell in der Anlage.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

René Lober

Vorsitzender des ver.di Bezirkserwerbslosenausschusses  
Mittelbaden-Nordschwarzwald

Ilona Herrmann

"ver.di Erwerbslose" Arbeitsgruppe Karlsruhe,  
Mitglied im ver.di Landeserwerbslosenausschuss Baden-Württemberg